



Der Industriehafen gilt unabhängig vom Gewerbesteuerhebesatz als attraktives Gewerbegebiet – vor allem deshalb, weil es per Bahn, Schiff und Lkw erreichbar ist.

FOTO: BREMENPORTS

Güterzüge sollen leiser fahren

Bahn will Umrüstung beschleunigen

VON BURKHARD FRAUNE

Berlin. Die Deutsche Bahn drückt beim Umbau ihrer Güterzüge aufs Tempo, um den Zeitplan für mehr Lärmschutz noch einzuhalten. In diesem Jahr soll die Zahl der Wagen mit Lärm mindernden Bremsen von 21 000 auf 32 000 steigen, wie Konzernchef Rüdiger Grube am Montag ankündigte. Damit wäre die vom Bund für Ende 2016 vorgegebene Quote von 50 Prozent erreicht. „Dieses hätten wir nach dem bisherigen Plan nicht erfüllt“, bekannte Grube. Nach dem Koalitionsvertrag drohen in diesem Fall Nachfahrverbote und andere Beschränkungen für laute Güterwagen. Bis 2020 müssen dann alle Wagen umgerüstet sein, andernfalls dürfen sie nicht mehr in Deutschland fahren. Das gilt auch für Wagen ausländischer Anbieter. Ein Gesetzesentwurf dazu soll in diesem Jahr verabschiedet werden, sagte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Er ist bereit, dafür einen Konflikt mit der EU-Kommission einzugehen, die nach seinen Worten auf einen Aufschub drängt.

Die Bahn betreibt jeden dritten der rund 180 000 Güterwagen, die durch Deutschland fahren. Ein Drittel gehört privaten, ein weiteres Drittel ausländischen Anbietern. Dobrindt geht davon aus, dass von allen 180 000 Wagen 20 bis 30 Prozent umgerüstet sind. Ziel der Regierung ist es, den Schienenlärm bis 2020 gegenüber 2008 zu halbieren. Die Bund fördert die Umrüstung.

„Der Schienenverkehr ist heute zu laut“, sagte Grube. Viele Menschen fühlen sich vom Lärm gestört. Spürbar leiser werde es erst, wenn 90 Prozent aller Wagen eines Zuges die Lärm mindernden Bremsen haben. Die sogenannten Flüsterbremsen aus Verbundstoffen quietschen weniger als Eisenbremsen und sorgen für weniger Abrieb an den Wagenrädern, die dadurch leiser rollen. Für Lärmschutzwände und Dämpftechnik an Schienen gibt der Bund abermals mehr Geld aus. Die Fördermittel steigen nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums in diesem Jahr von 130 Millionen auf 150 Millionen Euro. So will die Bahn im stark betroffenen Mittelrheintal bis 2020 zusätzliche 70 Millionen Euro für Wände und Dämpfer ausgeben, wie Grube sagte.

Daimler verkauft weniger Lkw

Stuttgart. Die Nutzfahrzeug-Branche muss sich auf ein schwieriges Jahr 2016 einstellen. Nach dem Einbruch in Brasilien schwächt auch das wichtige US-Geschäft. „Ein schwieriges Umfeld wird eigentlich noch schwieriger“, sagte Daimler-Nutzfahrzeugchef Wolfgang Bernhard am Montag in Stuttgart. Zum Jahresauftakt habe sich das Geschäft in Europa sehr stark, in Brasilien und Indonesien dagegen sehr schwach entwickelt, sagte Bernhard. Die Entwicklung im wichtigen nordamerikanischen Markt sei „erwartungsgemäß“ ausgefallen, dort dürfte sich die Lage nach den Erwartungen von Daimler nach einem deutlichen Anstieg im vergangenen Jahr negativ entwickeln.

Für das Segment mit mittleren und schweren Lkw erwarten die Stuttgarter einen Rückgang um zehn Prozent. Daimler hatte auf die Schwäche in den USA bereits reagiert und jüngst an zwei Standorten den Abbau von 1250 Stellen angekündigt. Der Stuttgarter Autobauer verkauft in Nordamerika etwa 40 Prozent seiner Lastwagen weltweit und beschäftigt dort rund 17 000 Mitarbeiter. Auch in Brasilien, wo Daimler gut 10 000 Mitarbeiter in seinen Lkw-Werken beschäftigt, sind Jobs in Gefahr. Kündigungen könne er inzwischen nicht mehr ausschließen, sagte Bernhard. In China, wo Daimler Lkw über ein Joint Venture mit dem chinesischen Hersteller Foton verkauft, habe sich der Markt nach einem starken Rückgang stabilisiert, sagte Bernhard. Für die Zukunft setzt Bernhard seine Hoffnungen auf Afrika und den Iran. DPA

Airbag-Probleme bei VW

Berlin-Herndon. Der US-Rückruf zahlreicher Autos mit problematischen Airbags des japanischen Zulieferers Takata könnte einem Zeitungsbericht zufolge auch für Volkswagen teuer werden. Für die Umrüstung der Wagen könnten Rückstellungen bis zu 400 Millionen Euro nötig werden, schrieb die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Insider. Ein VW-Sprecher wollte den Bericht am Montag nicht kommentieren. VW muss in den USA wegen der Takata-Airbags vorsorglich 680 000 Autos in die Werkstätten holen. Mit den Bauteilen der Japaner gibt es in der Autoindustrie schon seit Jahren große Probleme: Daimler hat vor knapp zwei Wochen 340 Millionen Euro für den anstehenden Rückruf von 840 000 Wagen zurückgelegt. Die betroffenen Airbags können unvermerkt auslösen und Teile der Verkleidung durch den Innenraum des Fahrzeugs schleudern. DPA

Lockangebote für Unternehmen

Niedriger Gewerbesteuerhebesatz sorgt in manchen Kommunen für Millionen-Einnahmen

VON PETER HANUSCHKE
UND DANIELA WIEGMANN

Bremen-Berlin. Die Schere zwischen reichen und armen Städten und Kommunen geht weiter auseinander. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Prüfungs- und Beratungskonzerns Ernst & Young (EY). Das spiegle sich vor allem auch beim Umgang mit dem Gewerbesteuerhebesatz, einer der wichtigsten Einnahmequellen für Kommunen, wider: Reiche Gemeinden haben die Wahl und können diesen Hebesatz sogar senken und dadurch trotzdem die Einnahmen erhöhen. Arme Gemeinden sind dagegen gezwungen, diese Steuer anzuhäufeln, mit der Folge so unattraktiver für Unternehmen zu werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnt vor einer wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit. „Die Spreizung zwischen den Kommunen nimmt von Jahr zu Jahr zu“, sagt Kathrin Andrae, die das Referat Öffentliche Finanzen beim DIHK leitet und die Entwicklung mit Sorge betrachtet. Denn dank der Digitalisierung sind viele Firmen bei der Wahl ihres Standortes flexibler und eher bereit, ihren bisherigen Sitz aufzugeben, um Kosten zu sparen. „Der Wettbewerb um günstige Standorte wird intensiver – und der Gewerbesteuer-Hebesatz ist dabei ein wichtiges Kriterium.“

Und dabei können arme Gemeinden hinten runterfallen: „Vor allem in Regionen mit einer großen Zahl finanzschwacher Kommunen wurden in den vergangenen Jahren massiv die Steuern erhöht“, sagt

Bernhard Lorentz, Partner bei EY. Im Gegensatz dazu leisten sich reiche Gemeinden wie Grünwald bei München extrem niedrige Sätze und „ziehen Firmen damit in Scharen an“. In dem noblen Vorort, der vor allem als Wohnsitz etlicher Promis bekannt ist, sind nach Angaben des Kämmerers Raimund Bader zurzeit knapp 7000 Firmen gemeldet – bei etwa 11 000 Einwohnern. „Niedrige Gewerbesteuern haben bei uns Tradition“, sagt er. Mit einem Hebesatz von 240 Prozentpunkten gehört die Ge-

„Dass der Hebesatz in Bremen höher als etwa in Twistringen liegt, ist klar.“

Holger Bruns, Sprecher Wirtschaftssenator

meinde bundesweit zu den günstigsten Standorten für Betriebe. Dank der Vielzahl der dort gemeldeten Firmen ist die Kasse aber trotzdem gut gefüllt: 2015 konnte sich Bader über Gewerbesteuer-Einnahmen von 172 Millionen Euro freuen, das waren 30 Millionen mehr als ein Jahr zuvor.

Dieses Beispiel sei absolut extrem. In Einzelfällen gebe es sicherlich Unternehmen, die aufgrund eines niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes ihren Standort wechseln – das seien aber die Ausnahmen, sagt Uwe Zimmermann, Finanzdezernent beim Deutsche Städte- und Gemeindebund, am Montag im Gespräch mit dem WESER-KURIER.

„Das können in diesem Fall aber auch nur Unternehmen sein, die keine Infrastruktur und keine größere Anzahl von Mitarbeitern benötigen.“ Dass es inzwischen extreme Unterschiede zwischen Städten und Gemeinden hinsichtlich ihrer finanziellen Ausstattung gebe, sei natürlich nicht von der Hand zu weisen und stelle teilweise ein großes Problem dar. „Es gibt Städte und Kommunen, die sind so hoch verschuldet, da weiß man, dass die von alleine nicht mehr aus dieser Situation herauskommen.“ Gründe dafür können sein, dass eine Region etwa von einem Industriezweig abhängig gewesen sei, der inzwischen gar nicht mehr existiere. „Zudem leiden viele Städte und Kommunen unter den extrem gestiegenen Sozialausgaben.“

Dass es grundsätzlich einen Wettbewerb zwischen Gewerbestandorten gebe, sei generell nicht als negativ einzuordnen, so Zimmermann. „Das kann und sollte auch motivieren, gute Gewerbegebiete auszuweisen.“ Dem Gewerbesteuerhebesatz dabei aber einer so entscheidende Bedeutung zu geben, sei aus seiner Sicht überbewertet. Dieser Steuerhebesatz spiele in erster Linie eine Rolle, wenn es um Neuanstellungen gehe, aber er sei auch nur einer von vielen Standortfaktoren.

Das sieht auch Holger Bruns, Sprecher des Bremer Wirtschaftsensors, so: „Wir gucken beim Gewerbesteuerhebesatz natürlich auch“, wie hoch der bei einer vergleichbaren Stadt sei. „Dass aber der Hebesatz in Bremen höher als etwa in Twistringen liegt, ist klar – dafür bieten wir eine bessere Infrastruktur.“ Dass das Konzept mit

niedrigen Gewerbesteuerhebesätzen in der Nähe von teureren Ballungszentren – 200 Prozentpunkte dürfen nicht unterschritten werden – durchaus Erfolg haben kann, zeigt das Beispiel Eschborn. Die Stadt in Hessen liegt etwa sieben Kilometer von Frankfurts Innenstadt entfernt. Eschborn hat einen Gewerbesteuerhebesatz von 280 Prozentpunkten, Frankfurt von 460 – unter anderem haben sich in Eschborn die Deutsche Börse AG mit über 1000 Mitarbeitern, die Autovermietung Hertz und die Hotelkette Best Western angesiedelt. Im Schnitt liegt der Hebesatz in Deutschland bei Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern bei 431 Prozentpunkten. In Bremen sind es 460, in Bremerhaven 435 und in Twistringen 370 Prozentpunkte. In Niedersachsen lag der durchschnittliche Wert im vergangenen Jahr bei 367,9 Prozentpunkten.

Wichtigste Einnahmequelle

Die gut 11 000 Kommunen in Deutschland haben laut den aktuellsten Daten für 2014 knapp 80 Milliarden Euro eingenommen. Das verteilte sich laut einer EY-Analyse wie folgt: 42 Prozent entfielen auf die Gewerbesteuer, 38 Prozent auf den Anteil der Lohn- und Einkommensteuer. Mit Abstand folgte die Grundsteuer B (bebaute oder unbebaute Grundbesitz), die auf 14 Prozent kam. Der Umsatzsteueranteil machte fünf Prozent aus, die Vergnügungssteuer (etwa für Spielautomaten) kam auf ein Prozent. Die Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) lag bei 0,5 Prozent Anteil. Fast vernachlässigbar waren Hundesteuer, (0,4 Prozent), Zweitwohnungssteuer (0,1 Prozent) und sonstige Gemeindesteuern (gerundet 0,0 Prozent). DPA

BGH bestätigt Middelhoff-Urteil

Karlsruhe. Der Bundesgerichtshof hat die Verurteilung des früheren Topmanagers Thomas Middelhoff wegen Untreue und Steuerhinterziehung bestätigt. Die Richter verwarfen die Revision Middelhoffs als unbegründet, wie am Montag mitgeteilt wurde. Der frühere Chef des 2009 pleitegegangenen Karstadt-Mutterkonzerns Arcandor war im November 2014 vom Essener Landgericht zu drei Jahren Haft verurteilt worden, weil er sich private Flüge und eine Festschrift zu Unrecht von seinem damaligen Arbeitgeber bezahlen ließ. Middelhoff wurde noch im Gerichtssaal wegen Fluchtgefahr verhaftet, kam aber gut fünf Monate später gegen eine hohe Kaution wieder frei. Über das weitere Vorgehen muss nun die zuständige Staatsanwaltschaft entscheiden (Az. 1 StR 209/15). Er selbst hatte die Vorwürfe immer bestritten. Das Landgericht hatte es als erwiesen angesehen, dass Middelhoff zwischen 2005 und 2009 in 26 Fällen rein private Reisen über seinen Konzern abrechnete. Insgesamt habe er für Charterflüge, Hotels und Limousinenservice knapp 310 000 Euro ausgegeben. Weitere 180 000 Euro soll die Festschrift gekostet haben. Der Vorwurf der Steuerhinterziehung hängt mit diesen Ausgaben zusammen. Middelhoff, einst einer der einflussreichsten Manager Deutschlands, hat inzwischen Privatinsolvenz angemeldet. DPA

Heseler bleibt den Häfen treu

Ex-Staatsrat vertritt Unternehmerinteressen aus den stadtbremischen Häfen

VON PETER HANUSCHKE

Bremen. Industrie, Eisenbahn- und Lastwagenverkehr, Lärm sowie Gerüche und nebenan Wohngebiete – eine Konstellation, bei der Konflikte normalerweise programmiert sind. Das Verhältnis zwischen den Unternehmen in den Industriehäfen und seiner unmittelbaren und immer größer werdenden Wohn-Nachbarn in der Überseestadt und in Walle scheint dagegen gut zu funktionieren – davon ist zumindest die Initiative Stadtbremische Häfen (ISH) überzeugt. Überhaupt werde die ISH positiv in Bremen wahrgenommen, so Vorsitzender Dieter Kanning. Dass das so sei, „verdanken wir Werner Maywald, der die ISH als Geschäftsführer zu dem gemacht hat, was sie ist.“ Dass Maywald aufhöre, sei sehr bedauerlich, „aber wir haben mit Heiner Heseler einen Nachfolger, der diese Erfolgsgeschichte fortsetzen wird.“

Mit dem Ex-Staatsrat beim Senator für Wirtschaft und Häfen habe man einen ausgewiesenen Experten, so Kanning. Heseler, der schon seit ein paar Wochen als Nachfolger feststand, wurde jetzt vom ISH-Vorstand zum Geschäftsführer gewählt. Dass die ISH einen guten Draht zu den Nachbarn habe, liege auch daran, weil „wir darstellen konnten, dass die Unternehmen im Industriehafen für viel Wirtschafts-

kraft und damit auch für viel Arbeitsplätze für Bremen sorgen“, ist Maywald überzeugt. „Wir halten an diesem Hafenstandort auch nicht aus nostalgischen Gründen fest, sondern deshalb, weil der Standort ideal trimodal erreichbar ist“, ergänzt Bernd Erling, stellvertretender Vorsitzender. Die stadtbremischen Häfen werden jährlich von etwa 1000 Überseeschiffen angefahren, circa sechs Millionen Tonnen werden umgeschlagen und 4000 Arbeitsplätze mit 300 Auszubildenden gibt es im Revier Industriehafen. 2003 wurde die ISH von 30 Unternehmen gegründet, inzwischen gibt

es 49 Mitgliedsfirmen. Zur Kernaufgabe zählt, die Interessen der in den traditionellen Häfen in der Stadt Bremen tätigen Unternehmen zu bündeln und abgestimmt gegenüber der Politik und der Verwaltung zu vertreten. Es gebe sinnvollerweise eine Vereinbarung, die regle, dass die Unternehmen durch die Wohnbebauung in der Überseestadt nicht beeinträchtigt würden, aber dennoch, so Heseler, gebe es immer Abstimmungsbedarf. „Wichtig ist vor allem, dass auch den Unternehmen weiterhin Expansionsmöglichkeiten eingeräumt werden – auch im Neustädter Hafengebiet.“



Geschäftsführerwechsel bei der Initiative Stadtbremische Häfen (ISH): ISH-Vorsitzender Dieter Kanning inmitten seiner Geschäftsführer – dem ehemaligen Werner Maywald (links) und seinem Nachfolger Heiner Heseler.

FOTO: FR